

Blick auf die Wächter: Die Medien spielen die Risiken angesichts einer großen juristischen Geschichte herunter

Rami G. Khouri, aljazeera.com, 23.0424

Westliche Medien ignorieren die beispiellose juristische Kampagne gegen den Staat Israel, seine Verbündeten riskieren, als Komplizen dazustehen.

In einem sich rasch ausweitenden globalen Kampffeld stehen sich Befürworter und Gegner des völkermörderischen Angriffs des Staates Israel auf den Gazastreifen in einer ungewöhnlichen Landschaft gegenüber: in Gerichtssälen. In den vergangenen sechs Monaten haben Anwälte, Aktivisten, Organisationen und Staaten, die der Meinung sind, dass internationales Recht und Konventionen, die Völkermord verbieten, tatsächlich etwas bedeuten und umgesetzt werden müssen, eine noch nie dagewesene Anzahl von Klagen und Anträgen bei nationalen und internationalen Gerichten eingereicht.

Für das Verbrechen des Völkermords gibt es keine Verjährungsfrist. Wenn also in Gaza oder in ausländischen Hauptstädten Fakten ans Tageslicht kommen, die den Vorwurf des Völkermordes an Israel untermauern, können jederzeit weltweit Gerichtsverfahren eingeleitet werden.

Dieses neue Terrain im jahrhundertealten Kampf zwischen palästinensischem Arabismus und Zionismus ist von großer Bedeutung, weil es gleiche Wettbewerbsbedingungen verspricht, bei denen die traditionellen militärisch-politischen Stärken und Schwächen neutralisiert oder sogar umgekehrt werden.

Diese außergewöhnliche juristische Mobilisierung beunruhigt die israelische Regierung bereits, die westliche Verbündete um Hilfe bittet, um die Anschuldigungen abzuwehren. In der Zwischenzeit hat die israelische Armee eine Abteilung für internationales Recht aufgebaut, um die Flut neuer rechtlicher Herausforderungen gegen das israelische Vorgehen im Gazastreifen zu bewältigen.

Dennoch halten sich die westlichen führenden Medien größtenteils aus der ausführlichen Berichterstattung über diese wichtige Geschichte heraus. Vielleicht liegt es daran, dass die Vereinigten Staaten und viele andere westliche Regierungen in diesen Fällen als mitschuldige Hauptunterstützer des Verbrechens des Völkermords angeklagt sind. Oder vielleicht hängt es damit zusammen, dass ein Verbündeter des Westens solch abscheulicher Verbrechen beschuldigt wird.

Was auch immer der Grund sein mag, der Mangel an sorgfältiger Berichterstattung sagt viel darüber aus, wo das Herz der westlichen Medien liegt. Es steht im Einklang mit der seit langem bestehenden Übereinstimmung zwischen der israelischen Position, der Politik der US-Regierung und der Berichterstattung in den Hauptmedien - oder dem Fehlen einer solchen überhaupt.

Eine der wichtigsten Entwicklungen im juristischen Kampf gegen den israelischen Völkermord ist die laufende Klage Südafrikas gegen den Staat Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH). Während der ersten Anhörung im Januar in Den Haag berichteten die meisten westlichen Medien nicht in vollem Umfang über die Argumente Südafrikas in diesem Fall, wahrscheinlich weil sie viele unbequeme Wahrheiten über den andauernden israelischen Angriff auf Gaza und die 75 Jahre andauernde ethnische Säuberung der Palästinenser durch den Staat Israel enthüllten.

Am 26. Januar stellte der IGH fest, dass es „plausibel“ sei, dass der Staat Israel in Gaza Handlungen begangen hat, die gegen die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes verstoßen. Der Staat Israel und seine westlichen Verbündeten ignorierten die Entscheidung, während ein Großteil der westlichen Medien sie herunterspielte oder den für den Staat Israel positiven Aspekt hervorhob, dass der IGH keinen Stopp der israelischen Angriffe angeordnet hat.

Für den Rest der Welt war das Urteil jedoch ein wichtiger Sieg. Es gab dem Kampf gegen die Unterstützung des israelischen Angriffs auf Gaza durch Regierungen und Unternehmen neuen Schwung. Das Urteil ermutigte viele Menschen auf der ganzen Welt, die ihre eigenen rechtlichen Schritte gegen den grausamen israelischen Krieg gegen den Gazastreifen eingeleitet haben.

Im Februar forderte Nicaragua die Regierungen des Großbritanniens, Deutschlands, der Niederlande und Kanadas auf, die Lieferung von Waffen, Munition, Technologie und/oder Komponenten an den Staat Israel unverzüglich einzustellen. Nicaragua teilte ihnen schriftlich mit, dass es alle geeigneten rechtlichen Maßnahmen ergreifen werde, einschließlich der Anrufung des IGH, „um die Achtung dieser grundlegenden internationalen Texte und des Völkergewohnheitsrechts zu gewährleisten“.

Anfang April verklagte Nicaragua Deutschland vor dem IGH und beschuldigte es, „die Begehung von Völkermord“ in Gaza zu unterstützen. Es forderte das Gericht förmlich auf, die deutsche Regierung anzuweisen, keine Waffen mehr an Israel zu liefern.

Verschiedene Parteien haben sich auch an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) gewandt, der das Mandat hat, Einzelpersonen und Organisationen, denen Gräueltaten vorgeworfen werden, vor Gericht zu stellen.

Anfang März verklagten australische Anwälte den australischen Premierminister Anthony Albanese vor dem IStGH wegen möglicher Mitschuld am Völkermord. In der Klageschrift werden Maßnahmen der australischen Regierung wie das Einfrieren von Hilfgeldern der Vereinten Nationen für die Palästinenser in Höhe von 6 Mio. USD, die Ausfuhr von Waffen in den Staat Israel, die Bereitstellung von Militärhilfe sowie andere Maßnahmen als Gründe für die Anrufung angeführt.

Wenige Wochen später richtete *Law for Palestine* mit Unterstützung der *Independent Commission for Human Rights - Palestine* und 15 arabischen und internationalen Gruppen eine Mitteilung an den Internationalen Strafgerichtshof, in der sie den Gerichtshof aufforderten, die Vorwürfe israelischer Kriegsverbrechen und des Völkermords zu untersuchen.

In den meisten Fällen berichteten nur lokale Nachrichtensender über diese neuen Entwicklungen, die insgesamt eine dramatische neue Phase davon darstellen, was sich zu einem globalen Kampf zwischen Pro-Israel-Staaten und antikolonialen und Anti-Apartheid-Aktivisten im globalen Süden entwickelt hat.

Parallel dazu verdeutlichen Anfechtungsklagen vor nationalen Gerichten in der ganzen westlichen Welt die wachsenden Verbindungen zwischen Menschenrechtsaktivisten im Westen und den Palästinensern.

Im November reichte das angesehene *Center for Constitutional Rights (CCR)* im Namen palästinensischer Familien in Gaza und der Vereinigten Staaten eine Klage bei einem kalifornischen Gericht ein, in der Präsident Joe Biden, Außenminister Antony Blinken und Verteidigungsminister Lloyd Austin beschuldigt wurden, den israelischen Völkermord an den Palästinensern in Gaza nicht verhindert zu haben und daran mitschuldig zu sein. Sie beantragten einen Gerichtsbeschluss, der die US-Regierung anweist, die militärische und diplomatische Unterstützung des Staates Israels einzustellen, solange der Völkermord andauert.

Im März reichte CCR eine Berufung ein, die von mehr als 100 Anwälten, Experten und Menschenrechtsorganisationen unterstützt wurde, und argumentierte, dass die Beendigung des Völkermords nach US-amerikanischem und internationalem Recht obligatorisch und nicht fakultativ ist. Das Berufungsgericht wird voraussichtlich im Juni eine erste Anhörung abhalten.

Die leitende CCR-Anwältin Diala Shamas, die für die Anti-Völkermord-Fälle der Organisation zuständig ist und in Den Haag an den Sitzungen des IGH teilnahm, sagte mir in einem Interview letzte Woche, dass verschiedene Parteien verschiedene rechtliche Möglichkeiten prüfen, um den Völkermord so schnell wie möglich zu stoppen.

„Das Gesetz verspricht, genau diese Art von kriminellen Handlungen zu verhindern. Was bei der Völkermordfrage von Bedeutung ist, ist die Art und Weise, wie die Staaten verpflichtet sind, nach dieser grundlegenden internationalen Norm zu handeln“, sagte sie.

Der Glaube an dieses Versprechen und die gesetzliche Verpflichtung zum Handeln hat andere Akteure dazu veranlasst, rechtliche Schritte einzuleiten, um die westliche Unterstützung für den israelischen Völkermord zu stoppen.

Im Dezember forderten die palästinensische Menschenrechtsorganisation *Al-Haq* und das in Großbritannien ansässige *Global Legal Action Network* den britischen High Court auf, die Erteilung von Lizenzen für Waffenexporte für den Staat Israel zu verbieten, weil der Staat im Gazastreifen Gräu-

taten begeht. Das Gericht wies die Klage ab, aber *Al-Haq* versprach, eine weitere Anhörung zu diesem Thema zu beantragen.

Im Februar wies ein niederländisches Berufungsgericht in einem ähnlichen Fall, der von *Oxfam Novib*, *Pax Nederland* und *The Rights Forum* angestrengt wurde, die Regierung an, die Lieferung von Ersatzteilen für den F-35-Kampfflugzeug an den Staat Israel zu stoppen, da eindeutig die Gefahr von Verstößen gegen das Völkerrecht bestehe.

Anfang April reichten Berliner Anwälte im Namen palästinensischer Familien im Gazastreifen einen Eilantrag ein, um die deutsche Regierung daran zu hindern, Verträge über Waffenverkäufe an den Staat Israel zu genehmigen, das diese ihrer Ansicht nach unter Verstoß gegen Gesetze gegen Völkermord und Kriegsverbrechen einsetzt, einschließlich der Bestimmungen des deutschen Waffenkontrollgesetzes. ¹

In der Zwischenzeit haben *Palestine Speaks* und die *Jüdische Stimme für gerechten Frieden im Nahen Osten* Klage gegen den ehemaligen deutschen Bundestagsabgeordneten Volker Beck, den Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, wegen mutmaßlicher Aufstachelung zum Hass und Leugnung von Kriegsverbrechen im Krieg Israels gegen Gaza eingereicht. ²

Was dieser Moment zeigt, so Shamas, ist, dass nationale und internationale Rechtssysteme parallel und nicht in einer Hierarchie funktionieren. Die Anklage wegen Völkermordes ist so bedeutsam, dass sie neue rechtliche und andere Handlungsmöglichkeiten eröffnet, um den Völkermord zu stoppen, wie etwa öffentliche Demonstrationen, Petitionen, Lobbyarbeit in Washington und Aktivismus. „Die Überschneidung von Politik, Recht und Aktivismus ist in vollem Umfang zu sehen“, sagte sie.

Wichtig ist auch, dass es keine Verjährungsfrist für das Verbrechen des Völkermordes gibt. Wenn also in Gaza oder in ausländischen Hauptstädten Fakten ans Tageslicht kommen, die den Vorwurf des Völkermordes an Israel untermauern, können jederzeit weltweit Gerichtsverfahren eingeleitet werden.

„Wir stehen möglicherweise erst am Anfang von Prozessen gegen Regierungen, Einzelpersonen oder Unternehmen. Waffenhersteller, Energieunternehmen und andere könnten angeklagt werden, und viele Personen, die mit den Völkermordvorwürfen in Verbindung gebracht werden, sollten besorgt sein“, so Shamas.

Gerichtsprozesse sind eines der wirksamsten Mittel, um die Welt auf Fakten aufmerksam zu machen, kriminelles Verhalten aufzudecken und Wiedergutmachung für grobes Unrecht zu fordern. Diese Arena sollte ein natürlicher Verbündeter der Medien sein, die idealerweise Fakten und glaubwürdige Analysen verbreiten sollten.

Da die juristischen Anfechtungen des israelischen Völkermordes weltweit zunehmen und westliche Regierungen, Beamte und Unternehmen als Komplizen belasten, ist es keine Überraschung, dass die westlichen Leitmedien sie weiterhin ignorieren oder herunterspielen. Aber es wird eine Zeit kommen, in der die westliche Komplizenschaft beim israelischen Völkermord an den Palästinensern nicht mehr zu vertuschen sein wird. Medienorganisationen täten jetzt gut daran, zumindest ehrlich über die

Zunahme der weltweiten Klagen gegen Israels Völkermord zu berichten. Andernfalls laufen sie Gefahr, von der Flut der vielen politischen und unternehmerischen Komplizen mitgerissen zu werden, die jetzt vor Gerichten in aller Welt angeklagt werden.

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die redaktionelle Haltung von Al Jazeera wider.

Rami G. Khouri ist Nonresident Senior Fellow am Arab Center Washington und Distinguished Fellow an der American University of Beirut. Er ist Journalist und Buchautor und verfügt über 50 Jahre Erfahrung in der Berichterstattung über den Nahen Osten.

1 <https://elsc.support/news/legal-action-to-stop-arms-exports-from-germany-to-israel>

2 <http://palaestina-solidaritaet.de/strafanzeige-gegen-volker-beck-u-a-wegen-%C2%A7%C2%A7-111-abs-1-140-nr-2-stgb-i-v-m-%C2%A7%C2%A7-138-abs-1-nr-2-4-126-abs-1-stgb/>

Quelle: <https://www.aljazeera.com/opinions/2024/4/23/watching-the-watchdogs-the-media-downplays-a-big-legal-story-at-its>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de